



Nr. 47

28. November 2013

## Inhalt

[Koalitionsvertrag – dbb: Zugesagte Sicherung der Leistungsfähigkeit des öffentlichen Dienstes muss eingehalten werden+++](#)

[Einigung bei Tarifverhandlungen für Lehrkräfte Sachsens – dbb: Lange verhandelt, viel erreicht+++  
dbb erneut mit gesteigener Mitgliederzahl+++](#)

## Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

[DBB NRW bringt Musterklagen auf den Weg+++](#)

[dbb saar über höhere Direktorenbezüge empört+++](#)

[DPVKOM wirft Deutscher Post schäbiges Verhalten vor+++](#)

[Koalitionsvertrag - DPoIG: Innere Sicherheit wird gestärkt+++](#)

[Koalitionsvertrag – DPhV sieht keine Perspektiven für „Bildungsrepublik“+++](#)

[VBE-Meinungsumfrage: Bürger wollen Inklusion und misstrauen der Politik+++](#)

[„Deutscher Lehrpreis 2013“ verliehen+++](#)

[Kritik an Polizeieinsatz bei Fußball-Randale zurückgewiesen+++](#)

[Koalitionsvertrag – BDF: Ökosystem Wald zu wenig berücksichtigt+++](#)

## [Namen und Nachrichten+++](#)

aktuell

## **Koalitionsvertrag – dbb: Zugesagte Sicherung der Leistungsfähigkeit des öffentlichen Dienstes muss eingehalten werden**

**(dbb) Der dbb beamtenbund und tarifunion hat die im Koalitionsvertrag gegebene Zusage der künftigen Bundesregierung begrüßt, die Leistungsfähigkeit des öffentlichen Dienstes weiterhin sicherzustellen. „Diese Zusage muss eingehalten werden. Sie entspricht sowohl den berechtigten Erwartungen der Beschäftigten als auch unseren Forderungen als deren gewerkschaftliche Interessenvertretung“, sagte der dbb Bundesvorsitzende Klaus Dauderstädt am 27. November 2013 und sicherte die konstruktive Mitarbeit seiner Organisation an der Umsetzung dieses gemeinsamen Ziels zu.**

CDU, CSU und SPD bezeichnen im Koalitionsvertrag den öffentlichen Dienst als „Grundlage einer funktionierenden staatlichen Infrastruktur und Daseinsvorsorge“ und das Berufsbeamtentum als „Garant einer leistungsfähigen und unabhängigen Verwaltung“. „Damit dies so bleibt, muss die Politik verlässliche und zeitgemäße Rahmenbedingungen schaffen“, sagte Dauderstädt „Daran wird sich die künftige Bundesregierung messen lassen müssen.“

Dauderstädt verwies auf die hohe Zahl der in den nächsten Jahren aus dem aktiven Dienst ausscheidenden Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes und auf die einschneidenden demografischen Veränderungen. „Der dbb sieht deshalb den von den Koalitionären angekündigten praktischen Schritten zur Sicherung der Fachkräftebasis und zur Gewinnung qualifizierten Nachwuchses mit Spannung

entgegen.“ Gebraucht würden eine „demografievorsorgende Stellen- und Personalpolitik, moderne attraktive und familienfreundliche Arbeitsbedingungen sowie partnerschaftliche Personalvertretungen“, heißt es dazu im Koalitionsvertrag.

Der dbb Chef bekräftigte zugleich die Ablehnung der vorgesehenen gesetzlichen Festschreibung der Tarifeinheit. Erzwungene Tarifeinheit wäre selbst nach einer im Koalitionsvertrag angedeuteten Verfassungsänderung grundrechtswidrig und würde Koalitionsfreiheit und Tarifautonomie massiv in Frage stellen, so Dauderstädt. „Sollte es dazu kommen, werden wir Mittel und Wege finden, um solche Regelungen vom Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe prüfen zu lassen.“

(01/47/13)

## **Einigung bei Tarifverhandlungen für Lehrkräfte Sachsens – dbb: Lange verhandelt, viel erreicht**

**(dbb) Nach langen Verhandlungsrunden haben sich dbb und GEW am 27. November 2013 mit der sächsischen Staatsregierung auf deutlich verbesserte Arbeits- und Einkommensbedingungen für die Lehrkräfte des Landes geeinigt.**

„Wir haben ein Gesamtpaket geschnürt, das vielen Lehrerinnen und Lehrern Verbesserungen bringt und zugleich die Wettbewerbschancen des Bildungsstandortes Sachsen erhöht“, sagte Willi Russ, Fachvorstand Tarifpolitik und Verhandlungsführer des dbb, vor der Landespressekonferenz in Dresden. „Wir haben lange verhandelt und viel erreicht, auch wenn nicht alle unsere Ziele durchsetzbar waren. Aber gerade bei der Eingruppierung der Lehrkräfte in den Mittelschulen, Förderschulen, Grundschulen sowie Gymnasien und Berufsschulen haben wir deutliche Verbesserungen erzielt“, so Russ. Mit der Einigung sei es gelungen, „das Top-PISA-Land Sachsen auch bei den Einkommens- und Arbeitsbedingungen spürbar

nach vorn zu bringen. Das wäre ohne das Engagement und die Ausdauer der Lehrerinnen und Lehrer in Sachsen niemals möglich gewesen.“

Kernpunkte des Gesamtpakets sind ein Tarifvertrag zur Altersteilzeit, Verbesserungen bei der Eingruppierung für viele Lehrkräfte sowie Maßnahmen zur Erhöhung der Attraktivität des Lehrerberufs und zur Nachwuchsgewinnung.

So sehen die Regelungen zur Altersteilzeitarbeit (ATZ) unter anderem einen Rechtsanspruch zur Inanspruchnahme der ATZ für schwerbehinderte Lehrkräfte vor. Eine sogenannte „Kann-Regelung“ wurde für Lehrkräfte

vereinbart, die entweder das 62. Lebensjahr vollendet oder das 60. Lebensjahr vollendet und eine Beschäftigungszeit von mindestens 40 Jahren erreicht haben.

Zur Eingruppierung wurde vereinbart, dass die Stellenobergrenze für Mittelschullehrer an den Oberschulen von derzeit 35 Prozent stufenweise bis 1. August 2017 auf 100 Prozent angehoben wird. Förderschullehrer mit Abschluss nach dem Recht der ehemaligen DDR, die über eine sonderpädagogische Hochschulausbildung verfügen, werden höhergruppiert, Stellenhebungen gibt es auch für Berufsschul- und Gymnasiallehrer. Angehoben wird zum 1. Januar 2015 zudem der monatliche Anwärter-

grundbetrag für Lehrkräfte im Vorbereitungsdienst.

„Ohne vernünftige Eingruppierungsregelungen wird es aber keine Befriedung in den Lehrzimmern geben, auch wenn wir jetzt einige wichtige Fortschritte erzielen konnten“, sagte Russ mit Blick auf den Dresdner Kompromiss, und er erinnerte den Freistaat Sachsen an dessen Zusage, sich für eine Eingruppierung auf Ebene der Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) stark zu machen. „Wir brauchen eine Entgeltordnung für Lehrkräfte - und die nicht als Flickenteppich, der sich von Bundesland zu Bundesland unterscheidet, sondern als bundesweit gültige Entgeltordnung für alle Lehrkräfte.“ (Mehr Infos auf [www.dbb.de](http://www.dbb.de)) (02/47/13)

## **dbb erneut mit gesteigener Mitgliederzahl**

**(dbb) Auch 2013 ist die Zahl der Mitglieder im dbb beamtenbund und tarifunion gewachsen. Der gewerkschaftliche Dachverband verzeichnet zum Jahresende (Stand 22. November 2013) insgesamt 1.276.407 Mitglieder. Das sind 4.844 mehr als im Vorjahr.**

„Damit bestätigt sich nicht nur der Trend der vergangenen Jahre“, sagte dbb Bundesvorsitzender Klaus Dauderstädt zur Veröffentlichung der aktuellen Verbandsstatistik in Berlin. „Der dbb sieht sich zugleich in seiner Rolle als einflussreiche Interessenvertretung für die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes und der privatisierten Bereiche gestärkt.“ Im Gegensatz zu vielen anderen Beschäftigtenvertretungen kann der dbb seit Jahren auf kontinuierlichen Mitgliederzuwachs verweisen. Das Plus von knapp 5.000 neuen Mitgliedern im zu Ende gehenden Jahr wertete Dauderstädt als klare Bestätigung für die berufspolitische Arbeit des Verbandes.

Von den 1.276.407 dbb Mitgliedern sind 908.137 Beamte (2012: 906.820) und 368.270 Angestellte (2012: 364.743). In den Reihen des dbb organisiert sind nun 404.455 Frauen (2.834 mehr als im Vorjahr) und 871.952 Männer (ein Zuwachs um 2.010 gegenüber 2012).

Unter dem Dach des dbb vereint sind Landesbünde in allen 16 Bundesländern sowie insgesamt 43 Mitgliedsgewerkschaften, die Beamte und Angestellte des öffentlichen Dienstes sowie Beschäftigte des privatisierten Dienstleistungssektors organisieren. (03/47/13)

## **Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften**

### **DBB NRW bringt Musterklagen auf den Weg**

**(dbb) Hauptthema auf Hauptvorstandstagung des nordrhein-westfälischen Beamtenbundes am 26. November 2013 in Neuss war die Einkommensrunde 2013. Meinolf Guntermann, Vorsitzender des DBB NRW, machte zu Beginn noch einmal seinem Ärger Luft: „Die Landesregierung hat uns in der Frage der Übertragung der Tarifergebnisse auf den Besoldungsbereich hinters Licht geführt“, sagte er.**

Guntermann machte deutlich, dass der DBB NRW mit seinen Mitgliedsgewerkschaften auch weiterhin alles in Bewegung setzen werde, um diese Ungerechtigkeit zu beseitigen. So hatte Guntermann beispielsweise bei den Beratungen im Unterausschuss Personal und vor dem Haushalts- und Finanzausschuss des nordrhein-westfälischen Landtages gefordert, das Haushaltsgesetz 2014 um ein Besoldungsanpassungsgesetz zu ergänzen, um so die Null-Runden zu verhindern.

Der DBB NRW setze unter anderem auf das von den Landtagsfraktionen von CDU und FDP initiierte Normenkontrollverfahren gegen das Landesbesoldungsgesetz. In Kürze werde der der nordrhein-westfälische Beamtenbund zudem einzelne Musterklagen vor den Verwaltungsgerichten in Abstimmung mit dem Richterbund und der Deutschen Verwaltungsrichtervereinigung auf den Weg bringen, kündigte der Landesvorsitzende an.  
(04/47/13)

## **dbb saar über höhere Direktorenbezüge empört**

**(dbb) Der Landeshauptvorstand des dbb saar hat mit Empörung und Verwunderung auf die jüngsten außerordentlichen Besoldungserhöhungen für einige Leiter von Landesämtern durch den Landesgesetzgeber reagiert.**

Auf der Sitzung am 21. November 2013 verwies der Landesvorsitzende Ewald Linn darauf, dass die Landesregierung seit Monaten mit den Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes über eine zukunftssichere Landesverwaltung berate, die mit einem landesweiten schmerzlichen Stellenabbau von zehn Prozent bis 2020 verbunden ist. Landesregierung und Landesgesetzgeber wüssten daher von der Kompromissbereitschaft der Gewerkschaften, aber auch, wie schwierig das Werben um Akzeptanz der Ergebnisse bei den Mitgliedern sei. Neuerliche besondere Beförderungsmaßnahmen einiger Behördenleiter führten deshalb zu einem schwerwiegenden Vertrauensverlust.

„Die Vertreterinnen und Vertreter der dbb-Fachgewerkschaften und deren Personalräte erwarten von der Landesregierung, dass sie zukünftig von weiteren Begünstigungen dieser Art absieht“, so Linn. „In einer Zeit akuter Haushaltsnotlage, in der alles auf dem Prüfstand steht und insbesondere die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes von harten Sparmaßnahmen betroffen sind, müsste wenigstens mit etwas politischem Fingerspitzengefühl darauf geachtet werden, dass die Lasten gleichmäßig verteilt werden, auch im Interesse des allgemeinen Dienstfriedens. Dies erwarteten vor allem die Bezieher geringerer Einkommen“, so Linn.  
(05/47/13)

## **DPVKOM wirft Deutscher Post schäbiges Verhalten vor**

**(dbb) Harsche Kritik am anhaltenden Sparkurs der Deutschen Post hat der Bundesvorsitzende der Kommunikationsgewerkschaft DPV (DPVKOM), Volker Geyer, geübt. So hat das Unternehmen unlängst die reduzierte Anzahl von Ausbildungsplätzen damit erklärt, dass man sich die Übernahme aller Auszubildenden in das bestehende Tarifsystem nicht mehr leisten könne, stellte Geyer auf dem 4. Gewerkschaftstages des Landesverbandes Nordrhein-Westfalen der DPVKOM am 24. November 2013 in Königswinter-Thomasberg fest.**

Demnach sollen im Unternehmensbereich Brief im kommenden Jahr nur noch rund 1.200 junge Menschen zu Zustellern ausgebildet werden. Damit bietet das Unternehmen im Vergleich zu 2013 insgesamt 14,6 Prozent weniger Ausbildungsplätze im Bereich der Zustellung an. In Berlin und Umgebung will das Unternehmen beispielsweise künftig nur 40 Zusteller ausbilden. „Das ist nicht zuletzt angesichts des demografischen Wandels das völlig falsche Signal“, so Geyer.

Der rigide Sparkurs des Unternehmens zeige sich auch darin, dass in diesem Jahr – gleichfalls aus Kostengründen - keine neue Dienstkleidung mehr bestellt werden darf. „Gegen dieses schäbige Verhalten der Deutschen Post wehren wir uns“, sagte Geyer. „Dies gilt insbesondere vor dem Hintergrund, dass das Unternehmen für dieses Jahr gleichzeitig ein Konzernergebnis von bis zu drei Milliarden Euro prognostiziert.“

Der DPVKOM-Bundesvorsitzende kritisierte darüber hinaus die zum Teil miserablen Arbeitsbedingungen in der gesamten Postbranche. So würden beispielsweise den Beschäftig-

ten des Paketdienstleisters Hermes Arbeitsverträge vorgelegt, die „schlichtweg sittenwidrig“ sind.

(06/47/13)

## Koalitionsvertrag - DPoIG: Innere Sicherheit wird gestärkt

**(dbb) Nach Auffassung der Deutschen Polizeigewerkschaft (DPoIG) wird „Deutschland in der Bekämpfung von Kriminalität und Terror gestärkt, wenn es zu einer Großen Koalition kommt und der Vertrag so umgesetzt wird. Die bessere Zusammenarbeit von Verfassungsschutzbehörden und die Investition in die Analysefähigkeit wird dazu beitragen, sehr viel schnellere und präzisere Aussagen über Gefährdungen machen zu können. Und die Verbesserung der Parlamentarischen Kontrolle der Nachrichtendienste wird von den Beschäftigten selbst gewollt; man kann nur hoffen, dass die Kontrollgremien der Parlamente künftig dauerhaft und professionell funktionieren. Zum Nulltarif wird das nicht zu haben sein, aber notwendig ist es“, erklärte der DPoIG-Bundesvorsitzende Rainer Wendt am 27. November 2013.**

„Zur Bekämpfung von Schwermriminalität und zur Rettung von Menschenleben aus akuter Lebensgefahr wird die Vorratsdatenspeicherung eingeführt und damit eine Forderung der DPoIG erfüllt. Dass dieses Instrument nicht zur Bekämpfung von Kleinkriminalität eingesetzt werden soll, sondern unter strengen Voraus-

setzungen nach richterlicher Anordnung ausschließlich für Ermittlungen im Bereich des Terrors und der Schwermriminalität begrüßen wir ausdrücklich, alles andere würde die Bedenken in der Bevölkerung zu wenig berücksichtigen“, so Wendt.

(07/47/13)

## Koalitionsvertrag – DPhV sieht keine Perspektiven für „Bildungsrepublik“

**(dbb) Als enttäuschend hat der Bundesvorsitzende des Deutschen Philologenverbandes (DPhV), Heinz-Peter Meidinger, den bildungspolitischen Teil des Koalitionsvertrags bewertet.**

„Weder das vor den Wahlen von der SPD geforderte große 80-Milliarden-Investitionsprogramm für Bildung noch die von der Bundeskanzlerin propagierte 'Bildungsrepublik' nehmen im Koalitionsvertrag konkrete Konturen an. Mit Ausnahme des Hochschulbereichs bewegen sich die Vereinbarungen auf der Ebene von bloßen Absichtserklärungen“, sagte Meidinger am 27. November 2013.

Er bedauerte, dass es zu keiner Lockerung des Kooperationsverbots gekommen sei, so dass die Länder bei der Bewältigung der

Mammutaufgaben - Renovierung maroder Schulgebäude, Ganztagschulausbau und Inklusion - in den nächsten Jahren mit keinerlei Unterstützung vom Bund rechnen könnten. Mit Ausnahme der wenigen finanzstarken Bundesländer befürchtet Meidinger deshalb eine weitere massive Verschlechterung der schulischen Rahmenbedingungen in den nächsten Jahren, so dass von einer Gleichwertigkeit der Lebensbedingungen und Zukunftschancen, bezogen auf den Bildungsbereich, bald kaum mehr die Rede sein könne.

(08/47/13)

## VBE-Meinungsumfrage: Bürger wollen Inklusion und misstrauen der Politik

**(dbb) „Die bisherige Umsetzung der Inklusion in Deutschland stößt bei den Bürgern zunehmend auf Misstrauen“, warnte am 26. November 2013 in Düsseldorf Udo Beckmann,**

**Bundesvorsitzender des Verbandes Bildung und Erziehung (VBE) und Landesvorsitzender in NRW. Beckmann bezog sich auf die aktuelle infratest dimap Meinungsumfrage im Auftrag des VBE zum gemeinsamen Lernen von Kindern mit und ohne Beeinträchtigungen. Die Umfrage war erstmals 2011 für Deutschland gesamt und NRW erhoben worden und wurde jetzt wiederholt.**

„Unsere Umfrageergebnisse machen deutlich: Die konkrete Praxis vor Ort stößt Bürger vor den Kopf, obwohl diese die Inklusion grundsätzlich befürworten“, so Beckmann. Nach Ansicht von 71 Prozent der Bundesbürger bringt die Inklusion in der Grundschule mehr Vor- als Nachteile. Auch für die weiterführenden Schulen befürworten 66 Prozent ein gemeinsames Lernen. Gegenüber 2011 gab es keine gravierenden Veränderungen. In NRW allerdings sehen aktuell nur noch 69 Prozent der Bürger (2011: 77 Prozent) Vorteile des gemeinsamen Lernens in der Grundschule. Vorteile der Inklusion in weiterführenden Schulen sehen in NRW nur noch 62 Prozent der Bürger (2011: 73 Prozent). Beckmann stellte fest: „Es besteht die Gefahr, dass die Politik

die Inklusion vor die Wand fährt.“ Die Bevölkerung glaube der Politik ihr Versprechen schlichtweg nicht, dass sie die Inklusion mit vernünftigen Rahmenbedingungen versehen wolle.

79 Prozent der Bundesbürger insgesamt und 77 Prozent in NRW sehen laut Umfrage die Absenkung der Klassenstärken als Voraussetzung für gemeinsames Lernen. „Wie vor zwei Jahren halten also acht von zehn Bürgern eine wesentliche Voraussetzung für die Inklusion für nicht erfüllt“, betonte Beckmann: „Zwei Drittel der Bürger in NRW (2011: 71 Prozent) vermissen die Bereitschaft der Politik, gemeinsames Lernen finanziell abzusichern.“ (09/47/13)

**„Deutscher Lehrerpreis 2013“ verliehen**

**(dbb) Der „Deutsche Lehrerpreis 2013“ des Deutschen Philologenverbandes (DPHV) und der Vodafone Stiftung Deutschland ist am 25. November in Berlin verliehen worden. Die insgesamt 22 Auszeichnungen gingen an Pädagogen und Projekte aus neun Bundesländern, 16 Lehrkräfte wurden auf Initiative ihrer Schüler für besonderes pädagogisches Engagement geehrt. Ein von Schülern gemachtes Kinderbuch gegen Mobbing ist eines von sechs prämierten innovativen Unterrichtsprojekten. Knapp 3.500 Schüler und Lehrkräfte beteiligten sich an der fünften Auflage des Wettbewerbs.**

In der Kategorie „Schüler zeichnen Lehrer aus“ gingen die meisten Preise mit vier nach Nordrhein-Westfalen, gefolgt von Bayern und Sachsen mit jeweils drei Ehrungen. Zweimal konnte die Jury engagierte Pädagogen aus Baden-Württemberg prämiieren, je ein Preisträger in dieser Kategorie kommt aus Berlin, Niedersachsen, Rheinland-Pfalz und Schleswig-Holstein. Der Präsident der Technischen Universität München, Prof. Wolfgang A. Herrmann, unterstrich das herausragende pädagogische Engagement aller Preisträgerinnen und Preisträger: „An der Lehrerbildung hängt die Ausbildung unserer Kinder und damit die Zukunft unseres Landes. Der Lehrerberuf ist einer der verantwortungsvollsten und schwierigsten akademischen Berufe überhaupt“, sagte er. In der zweiten Kategorie „Lehrer: Unterricht innovativ“, hatten auch in diesem Jahr wieder zahlreiche Lehrer-Teams aus ganz Deutschland innovative, fächerübergreifende Unterrichts-

projekte eingereicht. Den mit 5.000 Euro dotierten ersten Preis in dieser Kategorie erhielt ein dreiköpfiges Pädagogen-Team des Ludwig-Meyn-Gymnasiums im schleswig-holsteinischen Uetersen. Im Rahmen des Projekts „Klasse schreibt ein Lexikon“ konnten die beteiligten Schülerinnen und Schüler die komplexen Schritte einer Buchentstehung praktisch nachvollziehen und selbst umsetzen.

Heinz-Peter Meidinger, Bundesvorsitzender des DPhV, betonte den hohen Stellenwert von Teamarbeit im heutigen Schulbetrieb: „Nachhaltiges Wissen bei Schülerinnen und Schülern wird vor allem dadurch gefördert, dass Sachverhalte und Unterrichtsgegenstände aus der Perspektive mehrerer Fächer und aus unterschiedlichen Blickwinkeln betrachtet werden. Fächerübergreifende Projekte von Lehrerteams leisten hierzu einen ganz wertvollen Beitrag.“ (10/47/13)

## Kritik an Polizeieinsatz bei Fußball-Randale zurückgewiesen

**(dbb) Die Kritik am Polizeieinsatz in Kaiserslautern wegen Randale am Rande des Fußballspiels des 1. FC Kaiserslautern gegen den 1. FC Union Berlin ist von den Gewerkschaften zurückgewiesen worden.**

Union-Präsident Dirk Zingler hatte die Vorgehensweise der Beamten heftig kritisiert. Zinglers Äußerungen seien „absurd und falsch“, erklärte die Deutsche Polizeigewerkschaft (DPoIG) am 25. November 2013. Die Einsatzleiter der Bundespolizei seien konsequent und richtig gegen Straftäter vorgegangen, deren Identität festgestellt werden musste, betonte der Chef der Bundespolizeigewerkschaft, Ernst G. Walter.

Der Bundesvorsitzende der DPoIG, Rainer Wendt, bezeichnete die Äußerungen Zinglers als „unverantwortliches Gerede auf Kreisklassenniveau. Selbstverständlich war es notwen-

dig, die Identitäten von Straftätern zu ermitteln, die in Kaiserslautern durch Gewalttätigkeiten aufgefallen waren“, sagte Wendt. Der DFB müsse die Vereinsführung jetzt zur Raison bringen, forderte er.

Der Vorsitzende der DPoIG-Bundespolizeigewerkschaft Ernst G. Walter fügte hinzu: „Wenn Straftaten begangen werden, hat die Polizei den gesetzlichen Auftrag, Täter zu ermitteln. Dazu müssen Personen festgestellt und Beweismittel gesichert werden, auch wenn das unter schwierigen Bedingungen stattfindet, wie in einer so aufgeheizten Stimmung.“ (11/47/13)

## Koalitionsvertrag – BDF: Ökosystem Wald zu wenig berücksichtigt

**(dbb) Im Koalitionsvertrag von CDU, CSU und SPD wird der Wald mit lediglich vier Sätzen erwähnt und so zu wenig berücksichtigt. Diese Auffassung hat der Bund Deutscher Forstleute (BDF) vertreten und kritisiert, der Wald werde nur auf seine Naturschutzfunktion reduziert.**

„Dies ist ganz und gar nicht nachhaltig“, merkte Hans Jacobs, BDF-Bundesvorsitzender, am 28. November 2013 an. Eine Branche, die elf Millionen Hektar verantwortet, mehr als 1,3 Millionen Menschen Arbeit gibt und 180 Milliarden Euro pro Jahr erwirtschaftet, müsse stärkere Beachtung finden.

Jacobs erinnerte daran, dass der Begriff der Nachhaltigkeit vor 300 Jahren durch die Forstwirtschaft geprägt wurde. Eine nachhaltige Behandlung des Waldes müsse alle Dimensionen berücksichtigen – auch die ökonomischen und sozialen Funktionen, die der Wald erfülle. „Als Forstleute sind wir sehr enttäuscht“, so Jacobs' Fazit. (12/47/13)

## Namen und Nachrichten

(dbb) Die dbb bundesfrauenvertretung hat dem neu gewählten Vorstand der dbb bundes-seniorenvertretung Unterstützung für kommende frauen- und sozialpolitische Vorhaben angeboten. „Mit Uta Kramer-Schröder als zweite Vorsitzende und Anne Schauer als eine von drei stellvertretenden Vorsitzenden treten zwei versierte und erfahrene Gewerkschafterinnen an die Spitze der neuen Bundesseniorenvertretung im dbb. Hinter ihnen steht die dbb bun-

desfrauenvertretung als starkes Netzwerk gewerkschaftspolitisch engagierter Frauen im öffentlichen Dienst. Wir gratulieren allen Mitgliedern des Gremiums zur Wahl und wünschen ihnen einen guten Start im neuen Spitzenamt“, sagte **Helene Wildfeuer**, Vorsitzende der dbb bundesfrauenvertretung, am 20. November 2013. Unmut äußerte Wildfeuer allerdings über die extrem niedrige Beteiligung weiblicher dbb Mitglieder am 1. Bundessenioren-

renkongress 2013: „Von insgesamt 136 wahlberechtigten Delegierten waren lediglich 18 Frauen. Das hat nichts mit repräsentativer Teilhabe zu tun.“ Unter der Devise „Starke Frauen für starke Seniorinnen“ verlangte sie von den dbb Landesbünden und Mitgliedsgegewerkschaften gezielte Maßnahmen, für eine angemessene Vertretung weiblicher Interessen in allen dbb Gremien zu sorgen.

Anlässlich der im Frühjahr 2014 anstehenden turnusmäßigen Wahlen der Jugend- und Auszubildendenvertretungen im öffentlichen Dienst bietet die Ausgabe der ZfPR online jetzt im Web Informationen unter anderem zu den Aufgaben und Arbeitsbedingungen der Mitglieder von JAV. Kenntnis der neuen Rechtsprechung zum Weiterbeschäftigungsanspruch gibt Sicherheit beim Thema Übernahme nach Ausbildungsende. Ideen dazu, wie es gelingen kann, junge Beschäftigte für eine Kandidatur zur JAV oder zum Personalrat zu begeistern, stellt die Vorsitzende der dbb jugend, **Sandra Kothe**, in ihrem auf einer Umfrage der dbbj beruhenden Beitrag vor. Ein anderer Text macht klar, dass es durchaus möglich ist, JAV-Mandat und Ausbildung miteinander zu vereinbaren.

Der Sächsische Beamtenbund **SBB** hat die Einigung zwischen Gewerkschaften und Sächsischer Staatsregierung vom 27. November 2013 den Abschluss eines Tarifvertrages zur Altersteilzeit im Lehrerbereich sowie die Rechtsvereinbarung über die Eingruppierung und weitere Maßnahmen zur Erhöhung der Attraktivität des Lehrerberufes und zur Nachwuchsgewinnung begrüßt. Besonders hervorzuheben sei, dass der Forderung der Lehrer-gewerkschaften Rechnung getragen wurde, ab 1. August 2017 endlich alle Oberschullehrer in der EG 13 einzugruppieren, erklärte der SBB. „Der SBB fordert, dies nun auch im noch zu beschließenden Dienstrechtsneuordnungsgesetz umzusetzen und das Eingangsamt für Lehrer an Oberschulen in der Besoldungsgruppe A 13 festzuschreiben“, erklärte der dbb Landesbund.

Noch vor Unterzeichnung des Koalitionsvertrages hat die Gewerkschaft Deutscher Lokomotivführer (GDL) angesichts der Pläne von CDU, CSU und SPD zur Tarifeinheit mit Verfassungsklage gedroht. Der GDL-Bundesvorsitzende und dbb Vize **Claus Weselsky** warnte Union und SPD am 25. November 2013 davor, die Tarifeinheit wieder einzuführen. „Wir werden

gegen die Tarifeinheit vorgehen - und sei es bis zur letzten Instanz“, sagte Weselsky der „Verkehrs-Zeitung DVZ“ (Ausgabe vom 26. November 2013). „Es wäre nicht das erste Gesetz, das vom Bundesverfassungsgericht gekippt wird.“ Bereits am Vortag hatte Weselsky im ZDF-Magazin „heute in deutschland“ betont, Lokomotivführer und Zugbegleiter in der GDL ließen sich nicht widerstandslos zur Schlachtbank führen. „Wenn man uns die Gestaltungsfreiheit, die Tariffreiheit und die Tarifmacht nimmt, werden wir die richtige Antwort zu geben haben“, sagte er.

Bildungsexperten und Lehrgewerkschaften stehen dem neuen „Modeschulfach“ Glück eher skeptisch gegenüber. So zitiert das Internetportal Telepolis am 23. November 2013 den Vorsitzenden des Deutschen Philologenverbandes (DPhV), **Heinz-Peter Meidinger**, mit den Worten: „Ich habe das Thema Glück selbst im Philosophieunterricht behandelt und es hat mir eine Menge gegeben, davon zehre ich noch heute.“ Allerdings gebe es keinen Grund, ein zusätzliches Fach „Glück“ einzuführen. Gesundheitserziehung, Drogenkunde, Medienerziehung - alle möglichen Themen beanspruchten für sich den Status eines Unterrichtsfaches. Würde man den Forderungen nachgeben, wäre in Zukunft kein Platz mehr für die Kernfächer übrig, so Meidinger.

Als „ideologisch einseitig“ hat der Bundesvorstand des Deutschen Realschullehrerverbandes (VDR) auf seiner Herbsttagung am 22./23. November 2013 in Stuttgart die baden-württembergische Bildungspolitik mit ihrer einseitigen Bevorzugung der Gemeinschaftsschule kritisiert. Zugleich sicherte der VDR-Bundesvorsitzende **Jürgen Böhm** der Vorsitzenden seines baden-württembergischen Landesverbandes, **Irmtrud Dethleffs-Niess** (RLV-BW), die vollste Unterstützung der Bundesorganisation beim Kampf um den Erhalt, den Ausbau und die qualitative Weiterentwicklung der differenzierten Bildung, insbesondere der erfolgreichen Realschulen, zu. Böhm bezeichnete das einseitige Eintreten der derzeitigen Landesregierung für Gemeinschaftsschulen und die Behinderung der von Eltern und Wirtschaft gleichermaßen geschätzten Realschulen als „Bildungspolitik mit der Brechstange“. Damit würden auch bewusst jüngste Ergebnisse der empirischen Bildungsforschung ignoriert. (13/47/13)